

Abweichende Bankverbindung

IBAN	BIC
Kreditinstitut	
Kontoinhaber	
<input type="checkbox"/> wie Antragsteller oder:	

Beschreibung der Maßnahme

Ich/wir beantrage/n die Gewährung einer Zuwendung nach der Richtlinie zur nachhaltigen ländlichen Entwicklung und Wiedernutzbarmachung devastierter Flächen und Rekultivierung von Deponien gemäß:

- Nr. 2.1.1 – Errichtung und Änderung von öffentlichen Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen (Förderbereich 1)
- Nr. 2.1.2 – Inwertsetzung öffentlicher historisch wertvoller bzw. ortsbildprägender Gebäude und Ensembles zu deren Nachnutzung (Förderbereich 1)
- Nr. 2.1.3 – Gestaltung öffentlicher Bestandteile von historischen Ortskernen sowie die Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen, insbesondere Straßen, Wege und Plätze (Förderbereich 1)
- Nr. 2.1.4 – Anlegen von Stadtteilparks und sonstigen öffentlichen Grünflächen (Förderbereich 1)
- Nr. 2.1.5 – Sanierung und Entwicklung oder Revitalisierung von Industrie-, Gewerbe-, Verkehrs- und Militärbrachen zur Nachnutzung (Förderbereich 1)
- Nr. 2.2.1 – Wiedernutzbarmachung devastierter Flächen (Förderbereich 2)
- Nr. 2.2.2 – Rekultivierung von Siedlungsdeponien (Förderbereich 2)

Kurzbeschreibung der Maßnahme (Umfang und Zielsetzung)

Durchführungsort

Landkreis	
PLZ, Gemeinde	Ortsteil
Bezeichnung des Flurstückes	

Durchführungszeitraum

Beginn	Dauer	Fertigstellung
Zeitplan		

Ausgaben/Auszahlungen¹

Einzelansätze	Nettobetrag	Mehrwertsteuer	Bruttobetrag
	Euro	Euro	Euro
Gesamtausgaben/-auszahlungen			

Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung

	Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	Gesamt
	Euro	Euro	Euro
Eigenmittel			
↳ eigene Mittel			
↳ Kredite für Investitionen			
Fremdmittel			
↳ Zuwendungen ²			
↳ Leistungen Dritter			
Zuwendung ³			
Summe ⁴			

¹ Aufgegliederte Berechnung der gesamten mit der beantragten Maßnahme zusammenhängenden Ausgaben/Auszahlungen. Bei Bedarf auf separatem Blatt.
² Beantragte oder gewährte Zuwendungen durch andere Stellen des Landes oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechts (z. B. Bundesrepublik Deutschland, Kommunen) zur Finanzierung der Maßnahme.
³ Beantragte Zuwendung nach der Richtlinie, einschließlich des bei ELER-mitfinanzierten Maßnahmen aufzubringenden Anteils der nationalen Kofinanzierung an dieser Zuwendung (bei gemeinnützigen Körperschaften des Privatrechts – Förderbereich 1 – und juristischen Personen – Förderbereich 2 – ist das Formular KOFI dem Antrag ausgefüllt beizufügen).
⁴ Ergibt sich aus Summe Eigenmitteln/Fremdmitteln/Zuwendung.
 Stand Mai 2018

Andere Förderungen

Weitere Förderungen sind für die Durchführung der Maßnahme vorgesehen oder in der Vergangenheit für denselben Zweck bereits gewährt worden:

- nein
- ja, die Förderung...
- ...wurde bereits gewährt am: _____
 - ...wurde bereits beantragt am: _____
 - ...wird vorauss. beantragt am: _____



Art und Zweck der Förderung, Förderprogramm	
Höhe der Förderung Euro	Bewilligende Stelle

Folgekosten nach Durchführung der Maßnahme (nur bei kommunalen Körperschaften)

Nach Durchführung der Maßnahme sind folgende jährliche Folgekosten zu erwarten (bei Ersatz- oder Sanierungsmaßnahmen sind nur die Folgekosten anzugeben, die die bisherigen Ansätze für Auszahlungen/Aufwendungen und Einzahlungen/Erträge übersteigen):

1. Finanzhaushalt	Euro
a) Auszahlungen:	
davon	
Personalauszahlungen:	
Sachauszahlungen:	
Zinsauszahlungen:	
Auszahlungen für planmäßige Tilgung:	
Sonstiges:	
b) Einzahlungen:	
c) Nettoauszahlungen:	

2. Ergebnishaushalt	Euro
a) Aufwendungen: davon	
Personalaufwendungen:	
Abschreibungen:	
Sonstige Sachaufwendungen:	
Zinsaufwendungen:	
Sonstiges:	
b) Erträge:	
c) Nettoaufwendungen:	

3. Sind die Folgekosten in der aktuellen Haushaltsplanung enthalten? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Dauernde Leistungsfähigkeit (nur bei kommunalen Körperschaften)

1. Gemäß der aktuellen Datenauswertung aus RUBIKON verfügt die Gemeinde über eine

- gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit
- eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit
- gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit
- weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit

2. Erreicht die Gemeinde unter Berücksichtigung der Folgekosten den Haushaltsausgleich nach § 16 Absatz 1 GemHVO-Doppik zum Ende des Finanzplanungszeitraums?

- ja
- nein, aber
 - es handelt sich um eine Maßnahme, die zur pflichtigen Aufgabenerfüllung notwendig ist (vgl. Nummer 18.2.4 der Verwaltungsvorschrift zur Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik und Gemeindekassenverordnung-Doppik vom 20. Mai 2016).
 - die Maßnahme dient der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit oder steht ihr zumindest nicht entgegen (vgl. Nummer 18.2.5 der Verwaltungsvorschrift zur Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik und Gemeindekassenverordnung-Doppik vom 20. Mai 2016).

Begründung:

Wirtschaftliche Tätigkeit

Bei dem Antragsteller handelt es sich um ein Handwerks-, Handels- oder Industrieunternehmen, freiberuflich Tätigen oder sonstigen Gewerbetreibenden (z.B. firmierend als GmbH, UG, AG oder e.G.):

nein ja

Die Grundstücke, baulichen Anlagen oder sonstigen Gegenstände, die die zu fördernde Maßnahme betreffen, werden derzeit oder zukünftig

- gewerblich genutzt oder

- an Dritte vermietet oder verpachtet oder sonst gegen Geldleistung zur Nutzung überlassen:

nein ja

Einnahmen schaffende Maßnahmen

Im Zusammenhang mit der Maßnahme werden Nettoeinnahmen erzielt oder sollen künftig erzielt werden:

- nein ja, die Nettoeinnahmen werden...
- ...während der Durchführung erwirtschaftet
 - ...nach Abschluss der Maßnahme erwirtschaftet

Bezeichnung/Art der Einnahmen

Vorsteuerabzugsberechtigung

- Es besteht eine Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG.⁵
 Es besteht keine Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG.

Durchführungsvoraussetzungen

Einen Beschluss über die Durchführung und Finanzierung der Maßnahme...

...hat das zuständige Organ bereits gefasst

...wird das zuständige Organ vorauss. fas-

Ich bin/wir sind zur Durchführung der Maßnahme berechtigt...

...als Eigentümer des Objektes

...als langfristig nutzungsberechtigte/r Besitzer des Objektes

⁵ Die sich aus dem Vorsteuerabzug ergebenden Vorteile sind im Finanzierungsplan auszuweisen.
Stand Mai 2018

Für die Maßnahme ist eine Baugenehmigung erforderlich:

- nein ja, die Baugenehmigung...
- ...wurde bereits erteilt am: _____
 - ...wurde bereits beantragt am: _____
 - ...wird vorauss. beantragt am: _____

Für die Maßnahme ist eine sonstige behördliche Erlaubnis erforderlich:

- nein ja, die Erlaubnis...
- ...wurde bereits erteilt am: _____
 - ...wurde bereits beantragt am: _____
 - ...wird vorauss. beantragt am: _____

Art der Erlaubnis
Erlaubnis erteilende Behörde

Für die Maßnahme ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich:

- nein ja, die Umweltverträglichkeitsprüfung...
- ...wurde ber. durchgeführt am: _____
 - ...wird vorauss. durchgeführt am: _____

Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung
--

Warteliste

- Der Förderantrag soll gegebenenfalls auf die Warteliste gesetzt werden.

Anlagen (zutreffendes ankreuzen)

- Anlage KOFI
- Anlage Stammdatenbogen
- Indikatorenblatt gemäß Vordruck
- Datenauswertung aus RUBIKON
- Erklärung des Zuwendungsempfängers nach Nummer 1.1.2 VV-K
- Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde
- Bewilligungsbescheid(e) anderer Förderung(en)
- Eigentumsnachweis
- Baugenehmigung
- behördliche Erlaubnis
- UVP-Ergebnis
- Planungs- und Kostendatenblatt nach Nummer 5.4 ZBau
- Kostenschätzung
- Kostenberechnung
- Vergleichsangebote

sonstige Anlagen

- Bei Maßnahmen nach Nummer 2.1.1 (Schulen): Stellungnahme des Trägers der Schulentwicklungsplanung und des für Schulen zuständigen Ministeriums zur Bestandsfähigkeit sowie Raum- und Funktionsprogramm.
- Bei Maßnahmen nach Nummer 2.1.1 (sonstige bildungsbezogenen Maßnahmen): Entwicklungsplanung sowie Raum- und Funktionsprogramm.
- Bei Maßnahmen nach Nummer 2.1.1 (Kindertageseinrichtungen): Bestätigung über Ausrichtung der Kindertageseinrichtungen am öffentlichen Jugendhilfeplan des jeweils zuständigen örtlichen Trägers sowie Raum- und Funktionsprogramm.
- Bei Maßnahmen nach Nr. 2.2.1: verbindliche, verwaltungsrechtliche Entscheidung über die tatsächliche und rechtmäßige Durchführbarkeit der Maßnahme.
- Bei Maßnahmen nach Nr. 2.2.2: bestandskräftiger Bescheid des zuständigen StALU, der die tatsächliche und rechtmäßige Durchführbarkeit der Maßnahme feststellt.

Erklärung des Antragstellers

- Die Angaben in diesem Förderantrag und in den mit dem Förderantrag eingereichten Anlagen sind vollständig und richtig.
- Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides oder der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn begonnen; der Ausführung zuzurechnende Lieferungs- oder Leistungsverträge wurden noch nicht geschlossen.
- Mir/uns ist bekannt, dass die folgenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass Subventionsbetrug nach § 264 des Strafgesetzbuches strafbar ist.

Subventionserheblich sind die Angaben in diesem Förderantrag

- über den Antragsteller,
 - über die Maßnahme, den Durchführungsort und den Durchführungszeitraum,
 - über den Finanzierungsplan,
 - über andere Förderungen für die Maßnahme,
 - über Einnahmen schaffende Maßnahmen und die Berechtigung zum Vorsteuerabzug,
 - über die Durchführungsvoraussetzungen sowie
 - die Erklärung, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides oder der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn begonnen wird und
 - die Erklärung, dass die Angaben in diesem Förderantrag und in den mit dem Förderantrag eingereichten Anlagen vollständig und richtig sind.
- Ich/wir werde/n der Bewilligungsbehörde unverzüglich anzeigen, wenn die für die Zuwendungsgewährung maßgeblichen, insbesondere die subventionserheblichen, Tatsachen sich ändern oder wegfallen.
 - Die dem Förderantrag beigelegten bzw. im Downloadbereich zum Förderprogramm zusammen mit den Antragsdokumenten zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit meinen/unseren personenbezogenen Daten und zu meinen/unseren Rechten habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen.
 - Ich/wir haben die **Hinweise zur Auftragsvergabe** zur Kenntnis genommen.
 - Mir/uns ist bekannt, dass bei Nichteinhaltung der Vergabevorschriften, auch, soweit Verstöße nach der Auszahlung der Zuwendung z. B. im Rahmen örtlicher Kontrollen festgestellt werden, die betreffenden Ausgaben ganz oder teilweise von der Förderung ausgeschlossen werden und gegebenenfalls bereits gezahlte Beträge zurückgefordert werden.
 - Mir/uns ist bekannt, dass die Einhaltung der Vergabevorschriften Voraussetzung für eine spätere Zuwendungsgewährung ist, soweit ich/wir Leistungen vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides vergeben.
 - Mir/uns ist bekannt, dass der Bewilligungsbehörde die in den **Hinweisen zur Auftragsvergabe** genannten Unterlagen unverzüglich, spätestens jedoch vor der Auszahlung der Zuwendung vorzulegen sind und bei Nichtvorlage der Unterlagen sowie bei Vorlage unvollständiger oder unrichtiger Unterlagen die betreffenden Ausgaben ganz oder teilweise von der Förderung ausgeschlossen werden.

Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

Datum	Name in Druckschrift	Funktion/Dienststellung	Unterschrift